

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Dennis Gladiator, Franziska Grunwaldt,
Carsten Ovens, Karl-Heinz Warnholz (CDU) und Fraktion**

Betr.: Straftaten in Bussen und Bahnen erfassen

2011 schlossen die Behörde für Inneres und Sport, die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, die Polizei Hamburg, die Bundespolizeidirektion Hannover, die Hamburger Hochbahn AG, die S-Bahn Hamburg GmbH sowie der Hamburger Verkehrsverbund eine Sicherheitsvereinbarung für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Hamburg (Anlage zur Drs. 20/2007). Durch diese Partnerschaft sollte die Sicherheit im ÖPNV auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg erhöht werden.

Seitdem wird unter Federführung der Hamburger Polizei ein gemeinsames Lagebild für den ÖPNV erstellt. In diesem Lagebild werden Informationen der Polizei Hamburg und der Bundespolizei über bekannt gewordene Taten im Bereich der gefährlichen und schweren Körperverletzung sowie bei Raub- und Sexualdelikten erfasst. Diese werden jeweils aufgeschlüsselt nach den Tatörtlichkeiten Bahnhof beziehungsweise Umfeld, Bushaltestelle beziehungsweise Umfeld, Bahn (differenziert nach den Linien der S-Bahn und der U-Bahn), Bus (differenziert nach den Buslinien) sowie anderen Örtlichkeiten. Alle zwei Wochen wird dieses Lagebild durch die Hamburger Polizei aktualisiert und an die Vereinbarungspartner übersandt.

Bisher dient dieses Lagebild aber ausschließlich der operativen Steuerung des Einsatzes von Sicherheitskräften im ÖPNV. Die Daten werden nach Auskunft des Senats auf die Schriftlichen Kleinen Anfragen, Drs. 21/1658 und 20/9889 statistisch nicht erfasst. Durch eine statistische Erfassung und Auswertung über einen längeren Zeitraum könnte aber die Kriminalitätsentwicklung im Bereich des ÖPNV besser analysiert und transparent gemacht werden. Auch andere deutsche Großstädte, wie beispielsweise München und Berlin, gehen diesen Weg und konnten dadurch die Kriminalitätsbekämpfung im Bereich des ÖPNV weiter verbessern.

Die statistische Erfassung dieser bereits kontinuierlich gewonnen und übermittelten Daten ist auch mit einem vertretbaren Arbeitsaufwand zu bewältigen. Zusätzlich würde ein transparenter Umgang mit diesen Daten zu einem gesteigerten subjektiven Sicherheitsgefühl der Nutzer des ÖPNV beitragen, welches für dessen Ansehen und Nutzung von großer Bedeutung ist.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

darauf hinzuwirken, dass der Hamburger Verkehrsverbund oder ein anderer der Vereinbarungspartner alle aus dem gemeinsamen Lagebild gewonnenen Daten zu Delikten im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs statistisch erfasst und der Öffentlichkeit sowie der Hamburgischen Bürgerschaft jährlich präsentiert und zur Verfügung stellt.